

Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G



Arbeit ist das halbe Leben... von Dagmar Enkelmann

... heißt es. Was aber ist diese Hälfte wert, wenn man den ganzen Tag malocht und davon dennoch nicht in Würde leben kann? Wenn man dieselbe Arbeit wie seine Nebenfrau oder sein Nebenmann erledigt, der Lohn aber deutlich niedriger ist? Oder wenn man sich nicht sicher sein kann, ob man morgen geheuert oder gefeuert wird? Diese Ungerechtigkeiten und Unsicherheiten sind für Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land Realität.

Der konjunkturelle Aufschwung hat zwar innerhalb eines Jahres 550 000 neue sozialversicherungspflichtige Stellen gebracht, doch fast jeder zweite neue Job ist ein Leiharbeitsverhältnis. Leiharbeiter erhalten 20 bis 40 Prozent weniger Lohn. Kündigungsschutz? Fehlanzeige. In vielen Betrieben arbeiten schon 40 Prozent der Beschäftigten in Leiharbeit. Auch Stammbeschaftungen werden durch die neuerdings per Auktion ersteigerten Leiharbeiter unter Druck gesetzt.

Dies darf so nicht weitergehen. DIE LINKE im Bundestag hat deshalb jetzt einen Antrag „Gute Arbeit – Gutes Leben. Initiative für eine gerechte Arbeitswelt in den Bundestag“ eingebracht. In ihm haben wir zusammengefasst, was DIE LINKE im Interesse der Beschäftigten - egal ob auf dem ersten oder zweiten Arbeitsmarkt - für notwendig hält: einen gesetzlichen Mindestlohn von über 8 Euro; soziale Sicherheit, auch wenn man den Job mehrfach wechselt; Abschaffung entwürdigender Zumutbarkeitskriterien bei der Arbeitsvermittlung; keine berufliche Benachteiligung von Frauen, gleicher Lohn für Leiharbeiter von der ersten Stunde an, Begrenzung der Arbeitnehmer-Überlassung auf drei Monate, mehr Kündigungsschutz, eine Verkürzung der gesetzlich zulässigen Wochenarbeitszeit von 48 auf 40 Stunden sowie ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften.

Der Katalog der Forderungen ist lang. Er zeigt, wieviel in der bundesdeutschen Arbeitswelt im Argen liegt. Rot-Grün und Rot-Schwarz haben nach Kräften dafür gesorgt, dass die Angst vor Hartz IV und sozialem Abstieg die Beschäftigten gefügig macht. Das ist nicht die moderne, kreative und gleichberechtigte Arbeitswelt von morgen, für die sich die LINKE einsetzt. Gute Arbeit kann schon die Hälfte eines guten Lebens sein.

Manifest: für eine gerechte Arbeitswelt:

<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7756633852.pdf>

Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

„Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk im Digitalzeitalter“ von Lothar Bisky

Die Ministerpräsidenten der Länder haben im Herbst 2006 beschlossen, neuartige Modelle der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks prüfen zu lassen. Hintergrund des Prüfauftrags bildeten die Diskussionen um die heftig umstrittene und seit 1. Januar 2007 bestehende Rundfunkgebühr für PCs und Multimedia-Handys. Zur Zeit erörtert die Rundfunkkommission der Länder alternative Modelle zur derzeitigen (gerätebezogenen) Gebühr.

Alle Alternativmodelle – Haushaltsabgabe, allgemeine Mediengebühr, Steuerfinanzierung – haben Vor- und Nachteile zugleich. Eine wesentliche Negativbedingung aller neuen Modelle ist jedoch, dass sie ein Notifizierungsverfahren auf EU-Ebene durchlaufen müssten. Die EU-Kommission betrachtet bekanntlich die Rundfunkfinanzierung in Deutschland als staatliche Beihilfe, die lediglich als sogenannte Alt-Beihilfe EU-konform ist. Als Neuregelung wäre das nicht mehr der

Fall: Das spezielle Modell des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland mit seiner „Staatsferne“ wäre bedroht.

Lothar Bisky, medienpolitischer Sprecher, und die Fraktion DIE LINKE plädieren daher in einem am Dienstag verabschiedeten Antrag für die Beibehaltung des bestehenden Systems bei gleichzeitiger Modernisierung.

Das heißt, für Radio- und Fernsehgeräte werden die Gebühren wie bisher abgerechnet, nicht aber für PCs und Multimedia-Handys – oder allgemein: neuartige Empfangsgeräte. Letztere sollen aufgrund ihrer grundsätzlich vorhandenen digitalen Adressierbarkeit nur nach vorheriger Registrierung – unter Beachtung datenschutzrelevanter Regelungen – genutzt werden können.

Vorteil I: Das öffentlich-rechtliche Modell der Gebührenfinanzierung des Rundfunks bliebe auch im Digitalzeitalter erhalten, ohne zugleich auf die Welt des Internet und der Mobilfunkkommunikation übertragen zu werden. Vorteil II: Dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk würde unter den Bedingungen sich ändernder Kommunikationskreisläufe der Weg ins Digitalzeitalter nicht versperrt und Entwicklungsmöglichkeiten gewährt.

Damit letztere die Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler nicht immer weiter belasten und auch nicht den Weg einer immer stärkeren Selbstkommerzialisierung verfolgen, wurden zwei Kautelen eingefügt.

Erstens: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk kann frei über seine digitale Aktivitäten entscheiden, muss diese aber im Rahmen des vorhandenen Budgets bzw. durch Einsparungen von bislang ausgeübten anderweitigen Aktivitäten tragen. Zweitens: Der Programmauftrag soll inhaltlich präzisiert werden und Werbefreiheit hergestellt werden. Nach jüngsten Umfragen befürworten 71 Prozent der Zuschauerinnen und Zuschauer die Forderung nach Werbefreiheit von ARD und ZDF.

Antrag „Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk im Digitalzeitalter“ erfragbar im Büro Bisky!

Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

Pressemitteilungen der Landesgruppenmitglieder

Lothar Bisky: <http://www.lothar-bisky.de>
http://www.linksfraktion.de/mdb_bisky_pressemitteilungen.php

Dagmar Enkelmann: <http://www.dagmar-enkelmann.de/>
http://www.linksfraktion.de/mdb_enkelmann_pressemitteilungen.php

Diana Golze: <http://www.diana-golze.de/>
Kinderarmut hat gravierende Folgen – Müttererwerbstätigkeit nicht– 24.10.2007 http://www.linksfraktion.de/mdb_golze_pressemitteilungen.php

Wolfgang Neskovic: www.wolfgang-neskovic.de/
Bundesregierung muss Sturkopf Mehdorn zur Räson bringen-18.10.2007
Tiefensee hat Partei ergriffen – aber die falsche-19.10.2007
http://www.linksfraktion.de/mdb_neskovic_pressemitteilungen.php

Kirsten Tackmann: www.kirsten-tackmann.de
Wer Frauen in den Dörfern will, muss beide stärken– 14.10.2007
Forderungen nach fairen Milchpreisen gerechtfertigt-17.10.2007
LINKE fordert Moratorium bei geplanten Standortschließungen in der Agrarressortforschung-24.10.2007
http://www.linksfraktion.de/mdb_tackmann_pressemitteilungen.php

Reden der Landesgruppenmitglieder

Wolfgang Neskovic:

„Schaden ohne Nutzen“ <http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1326242975>
Die Kronzeugenidee gilt als die große Untote der bundesdeutschen Rechtsgeschichte - nie ganz beerdigt und nie ganz lebendig. Nun ist der Spuk erneut zurück. Nach einem aktuellen Regierungsentwurf sollen sogar Straftäter, die den Ermittlungsbehörden Wissen über ganz andere Straftaten als die eigene offenbaren, für sich Strafmilderung erhalten. Mit Gerechtigkeit hat das nichts mehr zu tun.

Kirsten Tackmann:

„Energiewende in Gewächshäusern ist eine wichtige Aufgabe“
<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1374527173>

„Gesetzentwurf zur Agrarressortforschung ist eine Mogelpackung“
<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1334910611>

Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

Weitere zentrale Themen der Sitzungswoche und Anträge

Antrag: (Drs. 16/6698) http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7787291156_1606698.pdf
Gute Arbeit – Gutes Leben. Initiative für eine gerechte Arbeitswelt



An der Prekarisierung der Beschäftigung haben Rot-Grün und Schwarz-Rot einen erheblichen Anteil. Insbesondere die Hartz- Gesetze haben der Ausbreitung „Schlechter Arbeit“ (unsicher, gering bezahlt, keine ausreichende Sozialversicherung, nicht mitbestimmt) den Weg geebnet. Die Initiative ‚Gute Arbeit – Gutes Leben‘ ist ein Gegenentwurf zu dieser Politik. Sie steht für die demokratische Gestaltung der Arbeit und für die Umverteilung von oben nach unten.

Antrag: (Drs. 16/6035) http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7737733801_1606035.pdf
Überschüsse der Bundesagentur für Arbeit zur Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit, für mehr Qualifizierung und eine längere Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes verwenden.



Die aller Voraussicht nach auch in diesem Jahr anfallenden Überschüsse der BA sollen nicht für weitere Beitragssatzsenkungen, sondern für mehr berufliche Qualifizierung zur frühzeitigen Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit und für eine längere Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes genutzt werden. Weitere Beitragssatzsenkungen, wie von der großen Koalition, tragen eher zu einer Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit bei.

Antrag: (Drs. 16/5904) http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7712109803_1605904.pdf
Kommunales Wahlrecht für Drittstaatenangehörige einführen



Die geforderte Verfassungsänderung sorgt dafür, dass niemand für längere Zeit von den Bürgerrechten und den politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen wird. Die Mehrheit der europäischen Länder erkennt Drittstaatsangehörigen ein Wahlrecht auf lokaler Ebene zu.

Presseerklärung: Sevim Dagdelen und Katrin Kunert:

Die Fraktion DIE LINKE will Nicht-EU-Bürgerinnen und –Bürgern die Teilnahme an Kommunalwahlen ermöglichen. Der Bundestag berät heute in erster Lesung einen entsprechenden Antrag der Fraktion. In 16 EU-Staaten ist das kommunale Wahlrecht für Drittstaatenangehörige bereits Realität. Den rund 5 Millionen in Deutschland lebenden Nicht-EU-Bürgerinnen und –Bürgern wird dieses Recht weiter vorenthalten.

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1219050892>

Pressemeldung Petra Pau in der Berliner Zeitung:

"Ausländer sollen mitbestimmen dürfen"

<http://www.linksfraktion.de/wortlaut.php?artikel=1514395293>

Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

Antrag: (Drs. 16/5809) http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7761789726_1605809.pdf
Soziale Sicherung verbessern – Verdrängung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung verhindern)

Die Subventionierung geringfügiger Beschäftigung (Minijobs) und Beschäftigung in der Gleitzone (Midijobs) wird aufgehoben, so dass jede Stunde Arbeit in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis voll sozialversicherungspflichtig ist.

Antrag: (Drs. 16/3538) http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7703843872_1603538.pdf
Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I verlängern

Zentrale Verschlechterungen der Hartz-Reformen müssen zurückgenommen werden. Erwerblose brauchen eine solidarische Versicherung, die Lebensstandardsicherung ermöglicht und der Enteignung (lange Einzahlung, kurze Bezugsdauer) entgegenwirkt.

Weitere Informationen und Termine



klima & energie – macht - arbeit

Energiepolitische Konferenz vom 2.-4. November 2007 in Hamburg:

http://www.linksfraktion.de/termin_der_fraktion.php?artikel=1623601016



Zwischen öffentlich und privat - Genossenschaften und DIE LINKE

Konferenz in Hannover HCC Glashalle vom 09.11.2007 bis 10.11.2007

http://www.linksfraktion.de/termin_der_fraktion.php?artikel=1693099872



„Ostdeutschland – Die alte Frage nach den neuen Chancen“

Große Anhörung am 16.11. 2007 im Bundestag:

http://www.linksfraktion.de/termin_der_fraktion.php?artikel=1659516392